

Entschließungsantrag

der Bundesrät*innen Mag.^a Daniela Gruber-Pruner,

Genossinnen und Genossen

betreffend **Dringend notwendige Vorbereitungen für den Schulstart im Herbst 2022**

Eingebracht im Zuge der Debatte zum Beschluss des Nationalrates vom 15. Juni 2022 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Schulorganisationsgesetz, das Schulunterrichtsgesetz, das Schulunterrichtsgesetz für Berufstätige, Kollegs und Vorbereitungslehrgänge, das Schulzeitgesetz 1985, das Land- und forstwirtschaftliche Bundesschulgesetz, das Schulpflichtgesetz 1985 und das Privatschulgesetz geändert werden (1487 d.B. und 1495 d.B.).

Es vergeht aktuell kaum ein Tag, an dem aus den österreichischen Schulen nicht Hilferufe ertönen. Bereits vor der Pandemie war die Personalsituation höchst angespannt, Corona hat die Situation nochmals verschärft. An allen Ecken und Enden fehlt Lehr- und Unterstützungspersonal. Lehrer*innen schlittern ins Burn out, Schüler*innen werden nicht angemessen unterstützt. Hinzu kommen noch die Fluchtbewegungen aus der Ukraine, die das Schulsystem auf eine weitere Probe stellen.

Trotz dieser prekären Situation wurde zuletzt bekannt, dass an eine Aufstockung der Planstellen ab Herbst nicht gedacht ist. Im Gegenteil: Es fehlen unter anderem konkrete Zusagen für Planstellen zur Abfederung der Auswirkungen der Coronapandemie. Kinder und Jugendliche gehören zu den Hauptleidtragenden der Pandemie. Sie brauchen weiterhin unsere Unterstützung. Durch Covid-19 und die Zeiten von Home Schooling sind Rückstände entstanden, die es nun aufzuholen gilt. Doch dafür benötigt es das erforderliche Lehrpersonal und ein Aufhol-Paket gegen Lernrückstände, die trotz des enormen Engagements der Lehrer*innen, Eltern und Schüler*innen während der Pandemie entstanden sind.

Unklar ist auch, wie sich die Corona-Situation im Herbst darstellen wird. Expert*innen rechnen mit neuen Covid-19-Wellen. Nachdem bereits die Sommermonate der letzten Jahre ungenützt verstrichen sind, ist zu hoffen, dass sich das Bildungsministerium diesmal adäquat auf den Herbst vorbereitet. Von welchen Szenarien das Bildungsministerium dabei ausgeht und welche Vorkehrungen getroffen werden, ist jedoch nicht bekannt. Klar ist, dass es weiter Sicherheitskonzepte brauchen wird, damit Schulen sicher im Normalbetrieb laufen können.

Auch für die Sprachförderung und Volksschulklassen stehen zu wenige Planstellen zur Verfügung. Insbesondere gilt es, einen Fokus auf die ersten beiden Volksschuljahre zu legen. Durch den pandemiebedingten unregelmäßigen Besuch der elementarpädagogischen Einrichtungen während der vergangenen Jahre hat sich der Entwicklungsstand der Kinder weiter auseinanderentwickelt. Die Kinder kommen mit unterschiedlichen Voraussetzungen und Lernständen in die Volksschule. Daher müssen die Klassen zumindest in den ersten beiden Jahren an den Volksschulen doppelt mit Lehrpersonal besetzt werden, damit individuell auf den Förder- und Lernbedarf der Schüler*innen eingegangen werden kann.

Ebenfalls aktuell nicht vorgesehen ist zusätzliches Personal zur Unterstützung der Flüchtlinge aus der Ukraine. Seit Beginn des russischen Angriffskrieges in der Ukraine mussten nach Angaben des UN- Kinderhilfswerks UNICEF fast zwei Drittel aller ukrainischen Kinder ihr Zuhause verlassen. Von den etwa 7,5 Millionen Kindern bis 18 Jahren sind 2,8 Millionen innerhalb des Landes vertrieben worden und zwei Millionen ins Ausland geflohen. Rund 5.000 Kinder und Jugendliche, die vor dem Krieg in der Ukraine geflüchtet sind, wurden mittlerweile in einer österreichischen Schule angemeldet. Mehr als 2700 Kinder und Jugendliche aus der Ukraine besuchen bereits die Wiener Schulen. Diese zusätzlichen Stellen für ukrainische Schüler*innen müssen möglichst rasch bereitgestellt werden, da sonst für die Schulen keine Planung mehr möglich ist und auch die Weiterverwendung der jüngst angestellten Lehrkräfte aus der Ukraine schwierig wird.

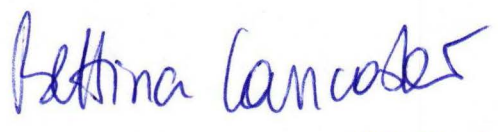
Wenn wir daher verhindern wollen, dass an Österreichs Schulen ab Herbst lediglich ein Minimalbetrieb gewährleistet ist, braucht es rasch entsprechende Planungen, Mittel und Planstellen.

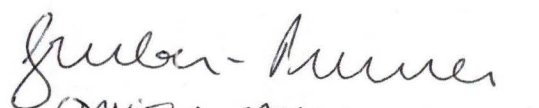
Die unterfertigten Bundesrätinnen und Bundesräte stellen daher nachstehenden

Entschließungsantrag

Der Bundesrat wolle beschließen:

„Der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung wird aufgefordert, dem Nationalrat sowie dem Bundesrat umgehend ein umfassendes Schulpaket vorzulegen, das sicherstellt, dass ab Herbst ein qualitativ hochwertiger Unterricht und nicht nur ein Minimalbetrieb an Österreichs Schulen möglich ist. Insbesondere wird er aufgefordert, die benötigten Planstellen zur Unterstützung der Kinder und Jugendlichen aus der Ukraine und zum Aufholen von Lernrückständen aufgrund der Coronapandemie zur Verfügung zu stellen. Zusätzliche Planstellen sind auch zur Doppelbesetzung des Lehrpersonals in den ersten beiden Volksschulklassen nötig. Nach wie vor braucht es auch Sicherheitskonzepte, die sicherstellen, dass Schulen trotz Covid-19 im Normalbetrieb bleiben können.“


BETTINA LANCASTER


(DANIELA GRUBER-PRUNER)


(LAUTH)

